Bezugsgebühr:

[illegible]

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile 20, 3 Silben 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Aufgebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Die Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Aufgebern 1 Mk., von auswärtigen 1.50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Armee-Fussstreupulver „Pedelin". Wirkung überraschend und angenehm. Bindet sofort den Geruch. Vertreibt den Schweiss nicht. Wundlaufen selbst bei grössten Strapazen unmöglich. Vollständig unschädlich. Aerztlich bestens empfohlen. In der Armee eingeführt. 1000 f. Anerk. Dose 50 Pfg., Paket 25 Pfg. Erhältlich in Drogerien, wo nicht, direkte Zus. f. 60 Pfg. in Briefmk. **Paul Schochert, Bischofswerda.** Depot bei **Herm. Roch,** Altmarkt, und **Weigel & Zoch,** Marienstrasse.

Aug. Reinhardt 9 Seestrasse 9. Bewährte Präzisions- und kurante Uhren. Spezialität: Eigenes Fabrikat. Lager feinster Uhrketten und Ringe.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an. **Egyptian Cigarette Company** Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M. Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" bei täglich 2maliger Zustellung für Radeberg und Langebrück sowie Inserate zu Originalpreisen nimmt entgegen Otto Jansen, Radeberg, Markt 18, und Langebrück, Dresdner Strasse.

Nr. 209. Spiegel: Die Zukunft der Sozialpolitik. Hofnachrichten. Zur Wahlrechtsreform. Handel und Gewerbe. Reichsschatzsekretär v. Stengel. 7. Deutsches Sängerbundesfest. Kunst und Sittlichkeit. | Mutmaßl. Witterung: **Warm, veränderlich.** | **Dienstag, 30. Juli 1907.**

Die Zukunft der Sozialpolitik.

Die Entlassung des Grafen Posadowsky am 22. Juni kam allgemein so überraschend, daß es nicht unnatürlich erscheint, wenn sich im ersten Augenblicke weiter Bevölkerungskreise die Besorgnis bemächtigte, es möchte ein Stillstand oder gar eine gewaltsame Eindämmung der sozialpolitischen Fürsorge eintreten. Hier und da wurde sogar in Verbindung mit dem Wechsel im Reichsamt des Innern von einer Bankrotterklärung der deutschen Sozialpolitik gesprochen. Alle diese Auffassungen aber, soweit sie an die Person des ausgeschiedenen Staatssekretärs anknüpfen, müssen gegenstandslos erscheinen angesichts der Tatsache, daß wie für alle übrigen Zweige der Reichsverwaltung so auch für die Sozialpolitik der Reichskanzler verantwortlich, mit der Aufsicht und Oberleitung beauftragt ist. Fürst Bülow aber hat bei verschiedenen Gelegenheiten versichert, daß die Sozialpolitik fortgeführt werden solle, und er hat damit nur die Zusage wiederholt, die in der Thronrede bei Eröffnung des neuen Reichstages in feierlichster Form gegeben war. Allerdings hat Fürst Bülow, wenn er kurz nach den Hauptwahlen von den „ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik" sprach, allen, die es angeht, zu verstehen gegeben, daß er in dem Begriff Sozialpolitik auch auf den zweiten Bestandteil des Wortes entschiedenen Nachdruck gelegt wissen will, daß also auch bei der sozialen Politik die Rücksicht auf die Allgemeinheit und auf die allgemeinen staatlichen Interessen, wie sie in dem Nebeneinander ethischer, finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse sich darstellt, nicht außer acht gelassen werden darf. Der Reichstag leistet erfahrungsgemäß an sozialpolitischer Initiative weit mehr, als man wünschen und als der Sache förderlich sein kann. Diese Erscheinung wird von Jahr zu Jahr schlimmer und bedenklicher. Bei Beginn der laufenden Session ist ein wahrer Lawinensturz sozialpolitischer Anträge und Resolutionen auf die Volksvertretung niedergegangen; es ist, mit Rücksicht auf die einmal grassierende Stimmung in gewissen Kreisen, bei fast allen Parteien zur Gewohnheit geworden, dieses Drängen mitzumachen, und schließlich ist daraus ein Wettbewerb entstanden, bei dem jeder das letzte an fürsorgerischem Mitgefühl, das Aeußerste an Forderungen hergibt, ohne zu bedenken, wie weit die Kräfte reichen, und ohne zu fragen, ob das, was erreicht werden kann, auch den aufzuwendenden Mitteln gemäß ist. Aus finanziellen, noch mehr aus moralischen Gründen hat die Regierung diesem Drängen fortgesetzt wehren müssen. Jedenfalls ist aber im Hinblick auf die Stimmung der übergroßen Mehrheit des Reichstages alles andere als ein Stillstand oder gar Rückschritt in der sozialpolitischen Gesetzgebung zu erwarten.

Neben den persönlichen Ansichten und parlamentarischen Einflüssen lassen gewichtige politische Gründe die Fortführung der Sozialpolitik geboten erscheinen. Wollte man das große nationale Werk in seiner jetzigen Gestalt im Stiche lassen, wollte man es unvollendet aufgeben, so würde man seine segensreiche Wirkung ausschalten, würde Millionen deutscher Bürger die Möglichkeit nehmen, bei sich und anderen die Wohltaten der sozialen Fürsorge zu beobachten und da wieder Vertrauen zu gewinnen, wo ihnen jetzt Klassenhaß und Parteileidenschaft, durch eine gewissenlose Presse in die Masse getragen, jede Möglichkeit selbständigen Urteilens genommen hat. Ein Stillstand in der Sozialpolitik würde aber nicht nur gleichbedeutend mit einer Stärkung des Anhanges und des Ansehens der Sozialdemokratie sein, ein solcher Gedanke und Entschluß wäre auch unvereinbar mit den Lebensinteressen der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit, wäre den Bedürfnissen der Blockpolitik entgegengesetzt. Erfreulicherweise haben mehrere Redner auf konservativer und liberaler Seite in der letzten Generaldebatte beim Etat des Reichsamts des Innern sich unverhohlen dahin geäußert, daß sie für die Zukunft auch den Mittelstand, dessen schreiende Notlage sie anerkannten, in die Sozialreform einbezogen wissen wollen. Hier im Interesse des Bestandes der konservativ-liberalen Mehrheit ein Einvernehmen herbeizuführen, wird sich voraussichtlich ermöglichen lassen, und wenn die Sozialpolitik diesen wichtigen Dienst leisten soll, darf man erwarten, daß alle Parteien des Blocks, nicht zuletzt die sogenannten Mittelstandsparteien, sich auch auf diesem Gebiete zu ersprießlicher Arbeit zusammenfinden werden.

Erscheint so ein Zweifel an der Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung schlechterdings nicht möglich, so bleibt zu fragen, nach welchen Grundsätzen und auf welchen Wegen sich die Sozialpolitik weiterentwickeln wird. Die Person des neuen Staatssekretärs des Innern bietet eine gewisse Gewähr, daß die mittelstandsfreundliche Mehrheit des Reichstages im großen und ganzen auf Erfüllung ihrer Wünsche rechnen darf, hat doch Herr von Bethmann-Hollweg als preußischer Minister des Innern wiederholt den staatsmännischen Grundsatz proklamiert, daß unter der Fürsorge für die Schwachen und Bedürftigen, so edel und notwendig sie sei, andere und vielleicht wertvollere Interessen nicht leiden dürfen. In der Tat ist gerade bei sozialpolitischen Aufgaben, die zumeist sehr hohe Kosten verursachen, sollen sie ihren Zweck ganz erfüllen, scharfes Augenmaß und bei allem Wohlwollen unbeugsame Festigkeit dringend geboten, wenn nicht, was auf der einen Seite für die Volkswohlfahrt in materieller, physischer und ethischer Hinsicht gewonnen wird, auf der anderen Seite durch Schädigung des Erwerbssinns, durch Erschütterung des Selbstvertrauens, durch fortschreitende Vernichtung der wirtschaftlich selbständigen Existenzen doppelt und dreifach zerstört und verloren werden soll. An solche Gefahren hat Fürst Bülow offenbar gedacht, als er sich, anders lautenden Wünschen gegenüber, auf eine „gewissenhafte und besonnene" Sozialpolitik festlegte, und vom Staatssekretär des Innern, bezw. von dem zukünftigen Leiter des Reichssozialamtes, falls eine Teilung des Reichsamtes des Innern beliebt werden sollte, wird man erwarten dürfen, daß sie diesen Grundsatz des verantwortlichen Leiters der Reichspolitik respektieren.

Was den Inhalt der zukünftigen Sozialpolitik betrifft, so hat der neue Reichstag bereits im ersten Tagungsabschnitt den Weg einer gesunden und wirksamen Mittelstandspolitik in weiterem Sinne beschritten, indem er sich, übrigens einstimmig, mit der Gewährung von Teuerungszulagen an die unteren und mittleren Reichsbeamten einverstanden erklärte und eine Erhöhung der Beamtengehälter bezw. des Wohnungsgeldzuschusses befürwortete. Auf diesem Wege fortzufahren ist die Aufgabe, die sich das Problem einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten stellt. Freilich wird es sicher große Schwierigkeiten haben, die weitgehenden Wünsche dieser zweifellos versicherungsbedürftigen Erwerbsklassen, deren Stärke schnell zunimmt, mit den eigenen Leistungen und den schon jetzt übermäßig in Anspruch genommenen Leistungen des Reiches in Einklang zu bringen. Die Privatbeamtenverbände selbst sind sich noch nicht einig, welche Form der Versicherung zu wählen sein wird. Auch die Grundlagen und Ergebnisse der Denkschrift über die Lage der Privatbeamten werden angezweifelt, so daß die Lösung dieser sozialpolitischen Aufgabe, an der, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, alle Parteien des Reichstages lebhaft interessiert sind, wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen wird. Dasselbe gilt von der Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung, die nach dem Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 bis 1910 in Kraft treten muß und die vom Grafen Posadowsky im Entwurf bereits so weit gefördert ist, daß ihrer Behandlung schon in der kommenden Wintertagung an sich nichts entgegenstände. Da aber das Projekt einer Kodifikation der gesamten sozialpolitischen Gesetze, in die auch die Witwen- und Waisenversicherung hineingenommen werden müßte, vorläufig vertagt ist, da ferner die Aufgabe einer dauernden Regelung der Reichsfinanzen, um die schon genügsam bedrohte Position der Blockparteien nicht noch mehr zu belasten, um ein volles Jahr hinausgeschoben werden soll, bei der finanziellen Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung aber in erheblichem Maße die fernere Gestaltung der Zolleinnahmen mitspricht, wird auch diese Vorlage vorläufig noch zurückgestellt werden müssen. Dagegen stehen schon für den nächsten Tagungsabschnitt in Aussicht eine Novelle zur Gewerbeordnung betreffend Anwendung der Arbeiterschutzbestimmungen auf die Hausarbeit, ferner betreffend die Nachtruhe der Frauen nach Maßgabe der Berner Konvention, der zehnstündige Arbeitstag der Frauen, womit die Industrie sich einverstanden erklärt hat, Gleichstellung der Werkmeister und Techniker im Arbeitsverhältnis mit den Handlungsgehilfen. Des weiteren sind angekündigt eine reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes, ein Gesetz über Errichtung von Arbeitskammern, eine Revision der Sonntagsruhe-Bestimmungen, ein Apothekengesetz, ein Gesetz über die Geheimmittel und die Kurpfuscherei, ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und endlich ein Gesetz, das von konservativer Seite wiederholt beantragt ist, nämlich über die Frage der Unfallversicherung der im öffentlichen Dienste oder in gemeiner Gefahr tätigen Personen. Neben einer großen Zahl kleinerer Gesetzentwürfe steht dann noch ein Gesetzentwurf in Aussicht, der die Krankenversicherung im Sinne einer Einbeziehung der Heimarbeiter, der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten in diese Versicherung reformieren will. Bei derselben Gelegenheit werden voraussichtlich auch die Krankenkassenorganisationen so umgestaltet werden, daß sie nicht mehr, was leider lange Jahre hindurch hat geschehen dürfen, von der Sozialdemokratie für die Zwecke einer staatsfeindlichen Bewegung mittelbar benützt werden können. Endlich wird vom Reichsamte des Innern, um den demoralisierenden Wirkungen der Rentenerschleichung vorzubeugen, eine strengere Prüfung der Invalidenrenten-Ansprüche befürwortet und, zur Frage der Reservefondsansammlung, eine Gesetzesabänderung angestrebt, wonach die Belastung der Berufsgenossenschaften mehr als bisher nach Maßgabe der bestehenden Rentenverpflichtung geregelt werden soll.

Im großen und ganzen bleibt also der sozialpolitische Arbeitsstoff zunächst derselbe wie bisher. Auf die weitere Gestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung aber wird sich die Erkenntnis geltend machen müssen, daß soziale Fürsorge nicht mit bloßer Arbeiterfürsorge identifiziert werden darf. Demgemäß wird in Zukunft, vor allem unter Berücksichtigung der berechtigten Forderungen des Mittelstandes, der Wirkungskreis der Sozialpolitik weiter gezogen werden müssen, und gleichzeitig wird es sich darum handeln, die Gefahr, daß durch die sozialpolitische Gesetzgebung das Selbstvertrauen des einzelnen, die Lebenskraft der Nation eher geschwächt als gestärkt wird, unter allen Umständen auszuschalten. Endlich, aber nicht zuletzt, muß bei Fortführung unserer Sozialpolitik weit mehr als bisher auf die finanzielle Tragfähigkeit des Deutschen Reiches und seiner Steuerzahler Rücksicht genommen werden, so wie bisher kann die Sache jedenfalls nicht weitergehen, denn immer öfter und immer dringlicher erhebt sich die schwerwiegende Frage: Wer soll schließlich die Kosten tragen?! — Ueber diesen Kardinalpunkt der ganzen Sozialpolitik wird es je länger, je mehr Kopfzerbrechens geben. Hier sollte man keine Vogelstraußpolitik treiben, sondern auch den unangenehmen Seiten der sozialen Fürsorge offen ins Auge sehen.

F. Kernbräu ist nach dem Urteile der Aerzte ein stärkungsmittel erster Güte. Spezialausschank: Kreuzschänke, Dresden. In Flaschen überall.

Neueste Drahtmeldungen vom 29. Juli.

Koloniales.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Unruhen in Kamerun werden auf religiöse Verhetzungen zurückgeführt. Ernstliche Befürchtungen hegt man in hiesigen leitenden Kreisen vorläufig nicht. Sollte, was jedoch nicht angenommen wird, die Bewegung weiter an Umfang zunehmen, so würden vermutlich das französische und das englische Nachbargebiet viel mehr in Mitleidenschaft gezogen werden als das deutsche.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Beendigung des Aufstandes wird in der südwestafrikanischen Kolonie jetzt eine militärische Kontrollstation nach heimischem Muster eingerichtet, um beizeiten die Mobilmachung vorbereiten und im Falle der Gefahr die Mannschaften des Beurlaubtenstandes möglichst schnell heranziehen zu können. Das Schutzgebiet wird zu dem Zwecke in zwei Militärgebiete geteilt. Jede Militärstation ist Kontrollstation (Bezirkskommando). Die Stärke des Verwaltungspersonals im Sitze der Bezirke (Otavi und Keetmanshoop) ist 56 Mann. Jeder waffenfähige Deutsche und jeder Reservist erhält von diesen Kontrollstationen eine Beorderung, die ihm den Platz anweist, den er im Falle eines Aufstandes einzunehmen hat.

VII. Deutsches Sängerbundesfest.

Breslau. (Priv.-Tel.) Am Sonntag abend führte der große Festkommers die Sänger wieder in der Festhalle zusammen. Die organisatorische Leitung des Abends war dem Vertreter des „Wiener Männer-Gesangvereins", Rudolf Hoffmann, Mitglied des Gesangsausschusses, übertragen worden. Nach einem Willkommensgruß an die Sänger erhob sich der Obmann des Niederösterreichischen Sängerbundes Jeksch-Wien, um das Sängerfest zu feiern, nicht nur als Pflegstätte der Kunst, sondern auch als Kundgebung des deutschen Volkstums. In Oesterreich seien die Deutschen rings umgeben von Leichensteinen des eigenen Volkstums und von fremdsprachlichen Gebieten, die sie selbst sorglos preisgegeben hätten. Jetzt müßten sie den Kampf um ihren letzten Grund und Boden und um ihre Existenz führen. Der deutsche Gesang solle sie dazu begeistern und stärken. (Stürmischer Beifall und langanhaltende Heilrufe.) — Justizrat Beck-Nürnberg, Mitglied des Hauptausschusses, dankte den Deutschösterreichern für ihr zahlreiches Erscheinen und ihre echt deutsche Gesinnung. Redner brachte ein Hoch auf den „deutschen Fürsten" Kaiser Franz Joseph von Oesterreich aus, das begeisterte Aufnahme fand. Ein Vertreter des Deutschen Schulver-